DIE NEUE JÜLICHER - Zeitung für Politik & Kultur • gratis • 03. Jahrgang • Ausgabe Nr. 6 • Mai 2017 • Auflage: 10.000

DIE NEUE JÜLICHER

Zeitung für lokale Politik & Kultur

Gerechtigkeit • Isabel Elsner • Sylvia Löhrmann • Christian Lindner • Grundeinkommen • u.v.m

- SPEZIAL - Frühlings AUSGABE

Diese Frage stellt sich ganz aktuell wieder für die Jülicher Fußgängerzone rund um den Marktplatz.

Jülich • Mit Beginn der Bauarbeiten für das kleine Kreishaus sei eine Öffnung der Jülicher Fußgängerzone für den Pkw-Verkehr zwingend nötig, um den innerstädtischen Verkehr umleiten zu können. So argumentieren die Verwaltung und vor allen Dingen die CDU im Lenkungskreis Stadtmarketing.
Dabei gibt es bisher weder Planungen, ob noch vor allen Dingen welche Straßen eventuell für die Dauer der Bauarbeiten gesperrt werden müssen. Es scheint vielmehr, als würden die Bauarbeiten als Vorwand benutzt, um den lang gehegten Wunsch der CDU umzusetzen und die Fußgängerzone wieder für Pkw zu öffnen. Dabei wird dann mit dem Begriff „Shared-Space" argumentiert. Aber was ist das eigentlich?

Shared Space - d.h. gemeinsam genutzter Raum - ist ein Konzept aus den Niederlanden. Der von Autos dominierte öffentliche Raum soll damit für Fußgänger und Radfahrer zurückgewonnen werden. Dabei sind alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt. Autos dürfen nur Schrittgeschwindigkeit fahren und Parken ist nur sehr eingeschränkt möglich, um sicherzustellen, dass Flächen nicht durch PKW blockiert werden.
Wenn die CDU nun eine Öffnung der Innenstadt für Pkw fordert, dann stellt sie das „Shared Space"-Konzept auf den Kopf, denn sie fordert die Rückeroberung des öffentlichen Raums für die Autos. Wenn man sich Beispiele von Shared Space in Roermond und Bocholt ansieht, wird außerdem klar, dass Jülich schon jetzt ein Paradebeispiel für „Shared Space" ist. Denn bis auf den Marktplatz und die Kölnstraße im Bereich des Kirchplatzes dürfen alle Bereiche entweder mit Pkw befahren werden oder aber das Übertreten des Verbots wird nicht geahndet, wie zum Beispiel die Einfahrt in die Kölnstraße über die Baierstraße.

Eine deutlich weiter gehende Öffnung für PKW hätte mit „Shared Space" nichts mehr zu tun und wäre nur ein Versuch, das Rad der Geschichte zurück zu drehen in Richtung einer so genannten autogerechten Stadt. Mit Worten wie: „Wenn man alte Fotos aus den Siebzigern sieht, dann ist da soviel Leben in der Innenstadt" wird die Vergangenheit nur verklärt und die unterschiedliche Funktion einer Innenstadt von heute und von vor vierzig Jahren komplett unterschlagen. Von Abgasen, Lärm und Dreck ganz zu schweigen. Die Probleme der heutigen Innenstädte lassen sich nicht mit den Methoden von gestern lösen.

Jülich mit seiner kompakten Innenstadt und einer Einwohnerzahl von über 20.000 ist eigentlich eine ideale Stadt für eine funktionierende Fußgängerzone. Das zeigen Studien der Industrie- und Handelskammer Hannover sowie des Bayrischen Wirtschaftsministeriums. Bei den Kriterien, die in diesen Analysen genannt werden, fallen für Jülich drei wesentliche Defizite auf: Das marode Erscheinungsbild, die dürftige Gastronomie und vor allen Dingen der oder die fehlende(n) Kundenmagnet(/en). Daran muss gearbeitet werden, wenn man die Innenstadt beleben will und nicht an mehr Autoverkehr.

Auch wenn konkrete Planungen bis jetzt nicht vorliegen, ist für die Baustelle des kleinen Kreishauses eine Sperrung der Kapuzinerstraße zwischen Baierstraße und Düsseldorfer Straße wahrscheinlich. Geschäfte sind hier kaum betroffen. Würde man die Einbahnstraße in der Düsseldorfer Straße umdrehen, könnte der gesperrte Bereich problemlos umfahren werden, ohne die Fußgängerzone für Pkw zu öffnen.

LB

Soziale Gerechtigkeit

Spätestens seit der offiziellen Kanzlerkandidatur von Martin Schulz (SPD) ist dieses Thema in aller Munde. Leider wird es oft genug nur zu populistischer Stimmungsmache benutzt, obwohl es eigentlich ein zentrales Thema für den Erhalt der Stabilität in unserer Gesellschaft ist.

Angesichts der anstehenden Landtags- und Bundestagswahl kommt natürlich auch „Die Neue Jülicher" daran nicht vorbei.

In unserer aktuellen Ausgabe möchten wir das Thema aus verschiedenen politischen Perspektiven beleuchten. Dazu konnten zwei prominente Politiker aus Nordrhein-Westfalen als **Gastautoren** gewonnen werden: Zum einen **Christian Lindner**, Spitzenkandidat der FDP bei der kommenden Landtagswahl, und **Sylvia Löhrmann,** Spitzenkandidatin der Grünen. Außerdem wird das Thema Verteilungsgerechtigkeit in einem Leitartikel betrachtet.

Auf lokaler Ebene sind in der Regel viele Vereinen und Institutionen mit dem Thema befasst. Wir stellen in dieser Ausgabe zwei Jülicher Organisationen vor, die auf sozialem Gebiet besonders aktiv und erfolgreich sind. Die **Kleinen Hände** und **Die Tafel**. Damit sollen jedoch die Leistungen der anderen Organisationen nicht geschmälert werden.

Daneben findet man natürlich wieder aktuelle Informationen aus der Jülicher Lokalpolitik und Kultur. Die Redaktion wünscht mit der 6. Ausgabe wieder eine informative Lektüre.

Red.

Was soll Gerechtigkeit sein?

Leitartikel von
Dr. Lutz Baumgarten

Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ist inzwischen zu einem Gemeinplatz aller politischen Parteien geworden. Was aber soziale Gerechtigkeit genau sein soll, wird selten definiert, denn gerade aufgrund seiner Unbestimmtheit eignet sich der Begriff ausgezeichnet für politische Diskussionen. Alle glauben zu wissen, was gemeint ist, aber oft genug meint damit jeder etwas anderes. Politiker können den Begriff verwenden, ohne sich konkret festlegen zu müssen.

Über ein menschenwürdiges Leben für alle hinaus dient die soziale Gerechtigkeit auch der gesellschaftlichen Stabilität. Als Grundbedingungen gehören dazu unabdingbar:

- Die Sicherung eines Existenzminimums für alle Teile der Bevölkerung, also: eine Wohnung, ausreichende Ernährung, eine verlässliche Gesundheitsversorgung sowie der Zugang zu Bildung und Information.
- Die Sicherung gleicher Startchancen für alle.
- Die befristete Absicherung des erworbenen sozialen Status durch z.B. eine Arbeitslosenversicherung, eine Rentenversicherung und eine Krankenversicherung.
- Die Anerkennung unterschiedlicher Leistungen und Leistungsfähigkeiten.

Die konkrete Ausgestaltung ist jedoch oft strittig. Wie groß muss eine Wohnung sein und welchen Umfang soll beispielsweise die Gesundheitsversorgung haben soll der Zugang zu Bildung kostenlos sein?

Die Absicherung eines Existenzminimums wird zumindest in weiten Teilen Westeuropas als Aufgabe des Staates angesehen, die aus Steuern finanziert wird. Daneben gibt es ein System von sowohl beitrags- als auch steuerfinanzierten Leistungen, die der befristeten Absicherung eines bereits erarbeiteten sozialen Status dienen. Dazu gehören beispielsweise das Arbeitslosengeld, Krankengeld, Mutterschafts- und Elterngeld sowie auch die Rente.

Zum Begriff der sozialen Gerechtigkeit haben sich in der sozialwissenschaftlichen Diskussion im Wesentlichen drei Aspekte herauskristallisiert, die auch in der öffentlichen Diskussion eine zentrale Rolle spielen: Die Chancengerechtigkeit, die Leistungsgerechtigkeit und die Verteilungsgerechtigkeit. Wie stark diese drei Aspekte dabei jeweils betont werden, hängt sehr von der politischen Grundüberzeugung ab. Derzeit steht vor allen Dingen die Verteilungsgerechtigkeit im Zentrum der öffentlichen Diskussion. Außerdem wird von der Mittelschicht mit ihren Ängsten vor einem sozialen Abstieg der Aspekt der Leistungsgerechtigkeit stark betont.

„Reich sind immer die anderen“

Der theoretische Begriff der Gerechtigkeit und das subjektive Gerechtigkeitsempfinden klaffen jedoch oft deutlich auseinander. Um gesellschaftliche Stabilität zu gewährleisten, ist es wesentlich, zu erkennen, was als sozial gerecht empfunden wird und nicht nur, was theoretisch tatsächlich sozial gerecht wäre. Es kann in der Praxis also nicht um die Herstellung einer theoretisch absoluten Gerechtigkeit gehen, sondern um das Erreichen eines möglichst geringen Maßes an Ungerechtigkeit, das für die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft noch akzeptabel ist. Dabei spielt die Einschätzung der eigenen gesellschaftlichen Position und des eigenen Wohlstands eine besondere Rolle. Menschen suchen den Vergleich üblicherweise nicht mit der gesamten Gesellschaft, sondern nur innerhalb ihrer eigenen sozialen Gruppe. Das kann zu einer verzerrten Wahrnehmung der tatsächlich bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse führen.

„Einmal Hartz-IV, immer Hartz-IV?“

Armut wird in Deutschland vererbt. Chancengerechtigkeit soll gewährleisten, dass alle Menschen - unabhängig von ihrem sozialen Status - die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu schulischer und beruflicher Bildung und Information und damit die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten und die gleichen Startchancen haben. Dabei geht es auch um die so genannte Teilhabegerechtigkeit, also die gleiche Möglichkeit, am sozialen Leben der Gesellschaft teilzunehmen.

„Wer mehr leistet soll auch mehr bekommen“. Dieses Prinzip wird unter der Kategorie Leistungsgerechtigkeit zusammengefasst. Wie allerdings Leistung zu definieren ist und wie sie genau gemessen werden soll ist strittig. Leisten Bankmanager mehr als das Pflegepersonal in einem Altenheim? In jedem Fall hängt die Bewertung dessen, was Leistung ist, auch vom gesellschaftlichen Umfeld ab. In unserer Gesellschaft beispielsweise werden intellektuelle Leistungen in der Regel höher bewertet als körperliche Arbeit. Ist das gerecht? Wer ist dazu berufen das zu entscheiden? Eine völlig objektive Leistungsbewertung wird sicherlich immer eine Illusion bleiben.

Wäre eine Gesellschaft, in der alle die gleichen Startchancen hätten und jeder entsprechend seiner Leistung gerecht entlohnt würde, auch sozial gerecht? Leistungsgerechte Entlohnung bedeutet zwangsläufig, dass einige mehr Geld bekommen als andere. Das ist durchaus nicht ungerecht, aber in einer

Gesellschaft, in der mehr Geld auch zu besseren Chancen führt, wäre die Chancengerechtigkeit nach kurzer Zeit dahin. Leistungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit können nebeneinander ohne eine moderate Umverteilung von Vermögen von oben nach unten nicht gewährleistet werden. Das ist keine Gleichmacherei. Chancengerechtigkeit muss für alle Menschen in jeder Lebensphase immer wieder neu hergestellt werden. Armut darf nicht vererbt werden.

„Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer“.

Die Verteilungsgerechtigkeit betrifft in einer Gesellschaft wie unserer, in der Leistung in erster Linie finanziell vergütet wird, im Wesentlichen die (Um)Verteilung von Kapital. Damit berührt sie mächtige Interessen und trifft auf erhebliche Widerstände. In der öffentlichen Diskussion wird sie aktuell unter dem Motto: „Die Reichen werden immer reicher und die Armen werden immer ärmer“ diskutiert. Da mit der Forderung nach Leistungsgerechtigkeit automatisch ein gewisses Maß an Unterschiedlichkeit in der Entlohnung akzeptiert wird, kann Verteilungsgerechtigkeit definiert werden als das Maß an Umverteilung, das nötig ist, um Chancengerechtigkeit zu gewährleisten.

Das zentrale Instrument, um eine gerechtere Vermögensverteilung herzustellen, ist die Steuerpolitik. Unser Steuersatz besteuert höhere Einkommen stärker als niedrige und führt damit zu einer Umverteilung von oben nach unten. Ein zentrales Regelungsinstrument ist dabei der Spitzensteuersatz.

Daneben wird immer wieder versucht, auch sozial- und gesellschaftspolitische Ziele mit den Mitteln der Steuerpolitik zu verwirklichen. Dazu dienen in erster Linie Steuerfreibeträge, also Beträge, die vom Einkommen abgezogen werden können und deshalb nicht versteuert werden müssen. Wichtige Beispiele sind der Grundfreibetrag, durch den ein steuerfreies Existenzminimum gesichert werden soll und der Kinderfreibetrag. Freibeträge wirken sich aber immer stärker steuersparend aus, je höher das Einkommen ist und nützen zudem nur denjenigen, die überhaupt ein Einkommen haben. Sie führen also effektiv zu einer ungewollten Umverteilung von Vermögen von unten nach oben.

Zentrale Maßnahmen einer sozial gerechten Politik sollten sein:

• Ein Mindestlohn in ausreichender Höhe, der bei einer 40-Stunden Arbeitswoche mindestens das Existenzminimum gewährleistet.

• Ein Grundeinkommen, mit dem das Existenzminimum unabhängig von einer Erwerbstätigkeit gesichert wird, das Leistungsprinzip aber erhalten bleibt. Es ersetzt die bisherigen Sozialleistungen wie zum Beispiel Hartz IV, Wohngeld, Mindestrente, Bafög oder Kindergeld. Mit einem zusätzlichen Erwerbseinkommen muss man aber stets besser gestellt sein als mit dem Grundeinkommen alleine.
(siehe dazu Seite 6)

• Eine gerechtere Umverteilung von hohen Privatvermögen und Einkommen. Dazu gehören die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und die Erhöhung der Schenkungs- und Erbschaftssteuer. Ein durch Erbschaft erworbener Reichtum ist rein theoretisch extrem ungerecht, da ihm keine eigene Leistung des Empfängers zugrunde liegt. Sein erworbenes Vermögen nicht an die Kinder weiter vererben zu können, würde andererseits auch als absolut ungerecht empfunden. Hier muss ein vernünftiger Mittelweg gefunden werden.

• Steuerfreibeträge wie Beispielsweise der Kinderfreibetrag oder der Grundfreibetrag sollten abgeschafft und durch direkte Transferzahlungen ersetzt werden. Freibeträge kommen in erster Linie den besser Verdienenden zugute und Menschen ohne Einkommen profitieren gar nicht davon, obwohl gerade sie es am nötigsten hätten.

• Der Zugang zu Bildung, also Schule, Ausbildung und Studium, ist kostenlos. Es werden weder Studiengebühren noch Schulgeld erhoben. Die heutige Förderung nach dem „Bafög“ wird durch das Grundeinkommen ersetzt.

LB

ANZEIGE

ANZEIGE

Isabel Elsner - die Direktkandidatin stellt sich vor!

Hallo, mein Name ist Isabel Elsner, ich bin Direktkandidatin für die Grünen im Dürener Nordkreis und damit auch für Jülich.

Ich bin 21 Jahre alt, in Langerwehe aufgewachsen und studiere inzwischen Lehramt für die Fächer Sozialwissenschaften und Praktische Philosophie an der Universität zu Köln. Politisch aktiv bin ich seit meinem 14. Lebensjahr erst in der Dürener Grünen Jugend und später auch vor Ort in Langerwehe bei der Partei. Dort bin ich seit 2014 Mitglied des Gemeinderates, wo ich im Haupt- und Finanzausschuss sowie im Schul- und Sportausschuss sitze.

In meiner politischen Laufbahn bin ich immer damit konfrontiert, dass Dinge, die die zukünftige und jetzige Generation betreffen, nicht von Menschen entschieden werden, die diese Entscheidungen tragen müssen. Deswegen setze ich mich dafür ein, dass die Interessen der jungen Generation Zukunft in der Landespolitik haben und gehört werden. Damit wir auch in der Folgezeit in den gesellschaftlichen Standards leben können, die wir täglich erleben, ist Beteiligung ein wichtiger Aspekt: Unsere Demokratie muss weiterhin gestaltet werden, vor allen Dingen von denjenigen, die gerade in ihr aufwachsen.

Der Klimawandel ist auf dem Vormarsch, auch eine Gestaltung, die unsere zukünftigen Generationen betreffen werden, nicht nur schon die jetzige.
Damit die Natur so bleiben kann, wie sie ist, ist es wichtig, weiterhin den Ausbau Erneuerbarer Energien voranzutreiben und sich gegen fossile Energien zu wenden, die den Klimawandel weiter begünstigen. Schließlich ist das Klimaschutzgesetz NRW mit den Zielen verabschiedet worden, die Treibhausgase bis 2020 auf 25%, 2025 um 80% zu reduzieren.

Ein weiteres meiner Herzensthemen ist die Frauen- und Queerpolitik. Wir leben leider auch im 21. Jahrhundert noch in patriarchalischen Strukturen, die es weiterhin gilt, aufzulösen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss sich weiterhin fortschrittlich gestalten für Familien sowie Alleinerziehende.

Für ein zukunftsweisendes Modell ist es außerdem unerlässlich, die Gender Pay Gap, die bestehende Lohnungleichheit von 21% zwischen Frauen und Männern, konsequent aus dem Tabu-Bereich zu holen und sich für Lohngerechtigkeit einzusetzen!
Ich bin weiterhin im Bereich der Queer-Politik tätig, also dem Bereich, der sich für die Belange von LSBTTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle) einsetzt. Unsere Gesellschaft ist bunt, vielfältig und offen. Mit dem Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie trägt das Land NRW zu dieser Vielfältigkeit bei.

Neben diesen Themen sehe ich aber auch vor allen Dingen die finanzielle Not in den Kommunen, was auch auf Jülich zutrifft. Im Landeshaushalt 2017 setzen wir Grünen den Schwerpunkt Kommunen neben Bildung, Klimaschutz und Integration, damit finanzielle Schieflagen in den kommunalen Haushalten wie in Jülich, verbessert werden können.
Das Konnexitäts-Prinzip, das heißt die Ausgabenverteilung von Land und Bund muss entsprechend der Aufgabenlast, die den Kommunen von Land und Bund erteilt werden, greifen. Denn es kann nicht sein, dass zukunftsweisende Investitionen in wichtigen Bereichen wie Kultur, Sport und Bildung, die auch das Leben von zukünftigen Generationen betreffen, nicht getätigt werden können.

Ich freue mich am 14. Mai 2017 sehr darüber, wenn wir Grünen mit einem starken Ergebnis aus der Landtagswahl herausgehen können und damit auch die Interessen der zukünftigen Generationen gehört werden und das Land NRW weiterhin bunt gestaltet wird!

IE

Gerecht bedeutet nachhaltig

Bild: Grüne NRW

Ein Gastbeitrag von Sylvia Löhrmann

NRW • Wenn Menschen an Umfragen teilnehmen, nennen sie regelmäßig die soziale Gerechtigkeit als eines ihrer wichtigsten Themen. Auch wenn sie nach den Gründen ihrer Wahlentscheidung gefragt werden, steht dieses Thema an der Spitze. Es ist deshalb kein Wunder, dass Parteien das Thema oftmals dann für sich entdecken und plötzlich in den Vordergrund rücken, je näher der Wahltermin rückt. In diesem Artikel soll es darum gehen, warum soziale Gerechtigkeit für uns Grüne nicht nur vor den Wahlen wichtig ist, sondern warum unsere gesamte Politik darauf ausgerichtet ist, dass es in NRW und in Deutschland sozial gerecht zugeht. Der zentrale Begriff heißt für uns dabei Nachhaltigkeit.

Dass Grüne eine nachhaltig lebende und wirtschaftende Gesellschaft anstreben, ist fast schon ein Gemeinplatz. Aber was bedeutet das mit Blick auf zentrale Punkte unseres Wahlprogramms und was hat das mit Gerechtigkeit zu tun? Zunächst: Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns Grüne weit mehr als die Überweisung von Geld an bedürftige Menschen, die so genannten Transferleistungen. Diese sind wichtig, aber den Begriff soziale Gerechtigkeit auf die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes oder das Rentenalter zu reduzieren, greift viel zu kurz. Wir Grüne vertreten einen deutlich breiteren Gerechtigkeitsbegriff.

Bildung

Gerecht geht es in der Bildung zu, wenn die Gesellschaft und die verantwortlichen Institutionen es jedem Kind möglich machen, seine Stärken und Talente auszuschöpfen, seine Potentiale dafür zu nutzen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und seine eigene Persönlichkeit zu entwickeln. Das gelingt heutzutage noch allzu oft nicht. Einer der Hauptgründe: In Deutschland hängen Bildungserfolge immer noch besonders stark davon ab, aus welchen Elternhäusern die Kinder kommen. Sind diese reich – an Bildung und/oder Geld – dann haben die Kinder immer noch einen Startvorteil, den Kinder aus bildungsfernen oder armen Familien in den seltensten Fällen aufholen. Das empfinde ich als zutiefst ungerecht!
Mit mehr Schulen für alle Kinder, mit deutlich mehr Ganztagsangeboten und dem Ausbau der Kita-Plätze auch für Kinder unter drei Jahren und mit der Abschaffung von Studiengebühren steuern wir Grüne seit Jahren dagegen. Klar ist aber auch: Hier sind wir noch lange nicht am Ziel. Nachhaltig und damit sozial gerecht ist Bildung nur dann, wenn sie es wirklich allen Kindern möglich macht, zu den Sternen zu greifen. Ich will, dass wir diese Achillesferse des deutschen Schulsystems Schritt für Schritt überwinden!

Umweltschutz & Energiewende

Lärm, Feinstaub, Stickoxide – unser heutiges auf den Verbrennungsmotor ausgerichtetes Verkehrssystem ist extrem ungerecht. Denn die Folgen des Verkehrsinfarkts tragen oft die Menschen, die sich außer an großen Straßen keine Wohnung leisten können. Deshalb ist eine Verkehrswende hin zu mehr öffentlichem Nahverkehr und leiser und sauberer E-Mobilität auch ein Faktor für mehr soziale Gerechtigkeit. Ungerecht wird es auch da, wo wir nicht nachhaltig wirtschaften. Nur wo Unternehmen die Chancen des Klimaschutzes und der Energiewende erkennen, entstehen zukunftsfeste Arbeitsplätze, die auch perspektivisch den Arbeitnehmer*innen ein gutes Einkommen sichern. Gerade im Bereich der Erneuerbaren Energien und der Umweltwirtschaft ist NRW gut aufgestellt, hier wollen wir durch gezielte Förderung weitere Arbeitsplätze in sechsstelliger Höhe schaffen.

Mobilität

Ein gut ausgebauter Nahverkehr auch auf dem Land und in kleineren Städten – das ist einer unserer Schwerpunkte im Wahlkampf. Warum? Weil nachhaltige Mobilität weniger als bisher vom Geldbeutel und der Wohnortwahl abhängen darf. Dazu gehört auch: Wir fordern verständliche und günstige Tarife – für 2 Euro am Tag sollen alle Menschen durch das ganze Land fahren können, für Schüler*innen, Azubis und Menschen mit sehr wenig Geld soll das Ticket noch günstiger werden.

Jung & Alt Zusammenhalt

Endlich Wertschätzung für eine besondere Gruppe von Leistungsträger*innen – wer sich um unsere Kinder kümmert, wer kranke oder alte Menschen pflegt, soll endlich auch finanziell dafür wertgeschätzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass es kleinere Gruppen in den Kitas gibt und die Erzieher*innen mehr Zeit dafür erhalten, sich um die Kinder zu kümmern. In der Ausbildung für Gesundheits- und Pflegeberufe wollen wir das Schulgeld abschaffen. Außerdem haben wir im ganzen Land Projekte mit Quartiersmanagern gestartet, die sich darum kümmern, dass jung und alt auch in einer alternden Gesellschaft gut zusammenleben können. Nachhaltig und gerecht ist ein Zusammenleben nur, wenn Menschen auch im Alter selbst darüber bestimmen können, wie und wo sie leben.

Kommunen stärken & gerechte Steuern

Es ist eine der größten Sozialleistungen der aktuellen Landesregierung, dass es gelungen ist, fast alle Städte und Gemeinden im Land aus den Nothaushalten zu führen. Gemäß dem Motto: „Nur Reiche können sich arme Kommunen leisten." Kreise, Städte und Gemeinden betreiben Büchereien, Schwimmbäder, Museen, Theater und vieles mehr. Sie fördern den Nahverkehr, bauen Straßen, Radwege, Kitas und Schulgebäude. All das zu Preisen, die sich nicht nur reiche Menschen leisten können. Damit unsere Kommunen auch weiterhin und nachhaltig diese Leistungen für ihre Bürger erbringen können, setzen wir uns in Bund und Land für eine gerechte Aufteilung dieser Kosten ein.
Nachhaltig und gerecht geht es zu, wenn sich alle Menschen nach ihren Möglichkeiten an der Finanzierung dieser und anderer staatlicher Aufgaben beteiligen. In NRW ist es uns gelungen, die Steuergerechtigkeit entscheidend zu stärken, indem wir Betrug und Steuerflucht konsequent verfolgt haben.
Wir Grüne wollen nicht akzeptieren, dass Menschen in NRW abgehängt werden. Manche Missstände können nur von der Bundespolitik behoben werden , seien es die zu niedrigen Hartz-IV-Sätze – gerade für Kinder – oder die oft nicht ausreichende Rente. Als NRW-Grüne kämpfen wir deshalb weiter dafür, dass sich in Berlin endlich etwas ändert. Aber wir werden auch direkt auf Landesebene aktiv: mit Aktionsprogrammen gegen Obdachlosigkeit, Investitionen in Jugendzentren und einer aktiven Arbeitsmarktförderung.

Zusammen ist es NRW –
unter dieser Überschrift gehen wir in den Wahlkampf für die Landtagswahl am 14. Mai. Den Wandel zu gestalten ist für die Menschen in NRW ganz normal. Solidarisch stehen wir zusammen und sehen Veränderung als Chance, unser Land nachhaltig und gerecht zu verändern.

Grund-ein-kommen

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wird inzwischen von vielen Personen und Interessengruppen entweder als Allheilmittel zur Lösung des Probles der sozialen Gerechtigkeit angepriesen oder als nicht finanzierbare Träumerei abgetan.

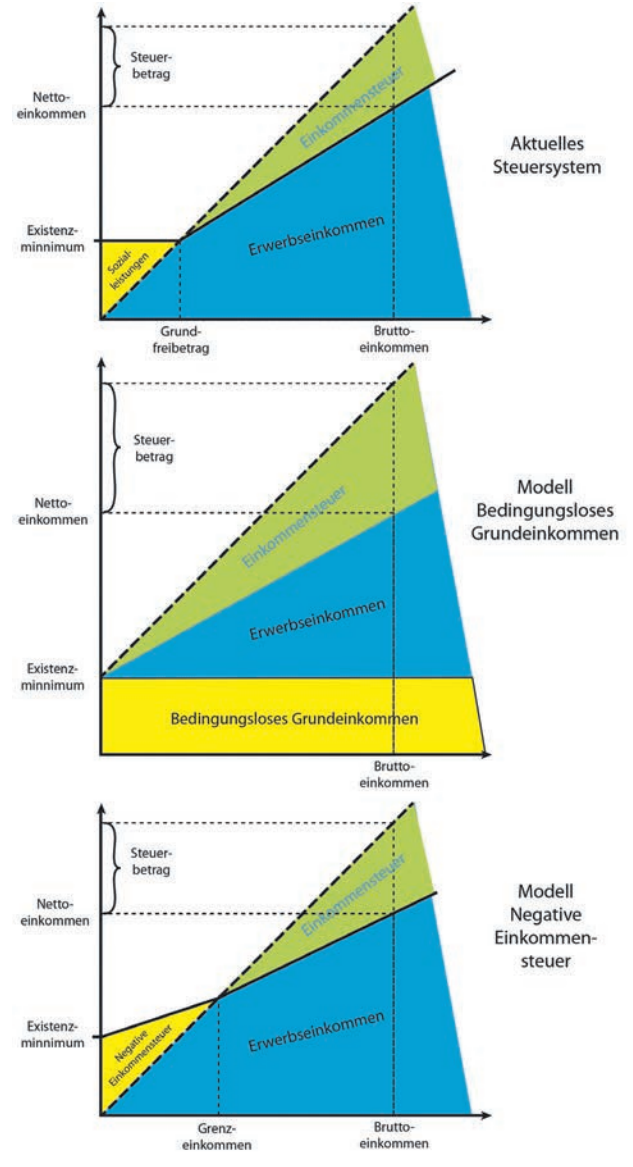
Am meisten überrascht zunächst die positive Einstellung einiger neoliberaler Wirtschaftsvertreter zum bedingungslosen Grundeinkommen. Dabei werden damit jedoch teilweise Hoffnungen verknüpft, die diese nicht erfüllen können. Das Grundeinkommen ist weder ein Allheilmittel der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, noch ist es unfinanzierbar. Vieles hängt an der konkreten Ausgestaltung.

Ein Grundeinkommen kann nur der Absicherung des Existenzminimums dienen. Es kann bei entsprechender Ausgestaltung viele Sozialleistungen in eben diesem Bereich ersetzen. Dazu gehören beispielsweise Hartz IV, Kindergeld und Wohngeld, aber auch Bafög. Wenn ein solches Grundeinkommen bedingungslos – also ohne eine Prüfung des tatsächlichen Bedarfs – gewährt wird, entfällt ein enormer Verwaltungs- und Kostenaufwand, der derzeit mit diesen Sozialleistungen verbunden ist.

Arbeitslosen-, Renten,- und Krankenversicherungen dagegen dienen zumindest für einen gewissen Zeitraum der Absicherung eines bestehenden soziales Status. Diese Versicherungsleistungen kann das Grundeinkommen nicht ersetzen. Sonst würde beispielsweise ein Arbeitsloser direkt auf das Existenzminimum zurückfallen. In diesem Sinne sind auch die Hoffnungen einiger neoliberaler Wirtschaftsvertreter an dieses Grundeinkommen übertrieben. Diese Versicherungen und damit auch ihre Arbeitgeberanteile müssen auch bei Einführung des Grundeinkommens erhalten bleiben. Gleiches gilt auch für den Mindestlohn.

Das Grundeinkommen wird derzeit im Wesentlichen in zwei möglichen Varianten diskutiert. Da wäre zum einen die Gewährung eines Festbetrages an alle Bürger, unabhängig vom vorhandenen Einkommen und Vermögen, also tatsächlich bedingungslos. Zum anderen eine Gewährung in Abhängigkeit von der Höhe des bestehenden Einkommens, aber ohne zusätzliche Bedarfsprüfungen. In diesem Modell der so genannten negativen Einkommensteuer wäre das Grundeinkommen zwar nicht mehr ganz bedingungslos, aber ein wesentlicher Verwaltungsaufwand der heutigen Bedarfsprüfungen für Sozialleistungen würde dennoch entfallen. Die Gewährung würde komplett in die Zuständigkeit der Steuerverwaltung übergehen. Beide Modelle im Vergleich zum heutigen System der Existenzsicherung sind in der nebenstehenden Grafik in vereinfachter Form dargestellt.

Ein wesentlicher Aspekt für die Akzeptanz eines Grundeinkommens in der Bevölkerung ist die damit verbundene empfundene Gerechtigkeit. Dazu gehört zum einen die Leistungsgerechtigkeit, d.h. wer (mehr) arbeitet, soll auch mehr erhalten, und zweitens die Verteilungsgerechtigkeit, d.h. wer schon genug hat, soll nicht noch etwas dazu bekommen. Unser derzeitiges System der Existenzsicherung verletzt das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Bei einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums wird jede zusätzliche Erwerbstätigkeit vollständig auf die Sozialleistungen angerechnet. Arbeiten lohnt sich also nicht. Das komplett bedingungslose Grundeinkommen würde zwar die Leistungsgerechtigkeit gewährleisten, da man durch Arbeit immer besser gestellt wäre. Es würde jedoch als ungerecht empfunden, weil auch diejenigen ein Grundeinkommen erhalten, die eigentlich über ein genügend hohes Einkommen verfügen.



GRAFIK: B90DG

Das Modell der negativen Einkommensteuer gewährleistet beide Gerechtigkeitskategorien. Arbeitnehmer sind finanziell immer besser gestellt als Menschen, die nicht arbeiten und ein Zuschuss in Form einer negativen Einkommensteuer würde nur bis zu einem festgelegten Grenzeinkommen gewährt.

LB

ANZEIGE

Frauen- oder Muttertag?

Organisiert von Linnicher Politikerinnen der Grünen, fand anlässlich des Weltfrauentages im Glasmalereimuseum eine Informations- und Vortragsveranstaltung zum Thema „Frauen in der Politik“ statt. Mit ihr sollten besonders Frauen motiviert werden, sich in der Politik zu engagieren.

Linnich • Alljährlich findet am 8.März der Weltfrauentag und am zweiten Sonntag im Mai der Muttertag statt. Beide Daten spiegeln das zweigeteilte Frauenbild in unserer Gesellschaft wider. Besonders mit dem Erstarken rechtspopulistischer Gruppen ist dieses zweigeteilte Rollenbild wieder verstärkt in die öffentliche Diskussion geraten. Das Rollenbild einer voll berufstätigen Frau oder die Frauenquote werden wieder verstärkt hinterfragt – und das nicht nur von den Männern.

Auch gut gemeinte Beiträge zum Weltfrauentag hinterlassen manchmal einen Beigeschmack. Wie meistern und organisieren Frauen Beruf, Kariere und Familie? Diese Frage wird besonders an diesem Tag in vielen Reportagen beleuchtet. Die Antworten darauf geben in der Regel Frauen und sie beschäftigen sich mit Kinderbetreuung und dem Karriere-Killer Teilzeitarbeit. Die Väter kommen kaum vor. Wollen sich die meisten Männer tatsächlich ihrer Verantwortung entziehen und ihren Partnerinnen die eigene Berufstätigkeit und damit auch deren Unabhängigkeit erschweren?

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Aufgabe von Männern und Frauen.

Männer werden jedoch mit dieser Frage kaum konfrontiert.

„Ein Mann ist keine Altersversorgung“ so betitelten Helma Sick und Renate Schmidt ihr Plädoyer für eine volle Berufstätigkeit. Dabei steht die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen im Vordergrund, die in unserer Gesellschaft in der Regel mit einer vollen Berufstätigkeit verbunden ist. Behauptungen, dies ginge ja nur zu Lasten der Kinder, mögen einer subjektiven Empfindung entsprechen, sind aber objektiv falsch. Eine volle Berufstätigkeit beider Partner war schon vor zwanzig Jahren möglich. Heute, bei deutlich besseren Kinderbetreuungsmöglichkeiten, gilt dies umso mehr. Aber nicht nur die Altersversorgung, sondern auch das geteilte Risiko bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Berufsunfähigkeit ist ein guter Grund für eine volle Berufstätigkeit beider Partner. Natürlich steht es jedem frei, sein Lebensmodell selber zu wählen. Ein Finanzierungsanspruch gegenüber der Gesellschaft, beispielsweise durch das Ehegattensplitting, kann dabei aber nicht geltend gemacht werden.

Bei dieser Berufstätigkeit ist eine Frauenquote in vielen Bereichen aus einem einfachen sozialpsychologischen Grund dringend notwendig: Jede Gruppe, egal ob Männer oder Frauen, ist bei der Auswahl neuer Mitglieder bestrebt, möglichst Personen mit ähnlichen Eigenschaften aufzunehmen. Da Frauen und Männer aber unzweifelhaft verschieden sind, werden männer dominierte Gruppen immer dazu tendieren, eher Männer aufzunehmen. Diesem Verhalten kann man am einfachsten durch eine Quote entgegenwirken.

Die Grünen waren immer auch ein Sprachrohr der feministischen Bewegung. Hoffentlich bleiben sie sich in dieser Hinsicht treu und nähern sich nicht auch hier dem konservativen Lager an. Für die Grünen sollten die Worte der amerikanischen Feministin Susan Bordo gelten: „Nichts ist nur ein Frauenthema. Gleichzeitig ist alles ein Frauenthema“.

LB

„Wir richten unsere Blicke auf die Mitte“

Foto: Benjamin Zibner

Ein Gastbeitrag von Christian Lindner:

Die Chancen auf einen Arbeitsplatz sind in Deutschland so gut wie seit 20 Jahren nicht. Dennoch steigt in NRW das Armutsrisiko. Laut Statistischem Bundesamt lag hier 2015 das Einkommen etwa jedes sechsten Einwohners unter der Schwelle zur Armutsgefährdung.

NRW • Der paritätische Wohlfahrtsverband attestiert NRW, das einzige Bundesland zu sein, in dem die relative Armut seit Jahren deutlich steigt – mittlerweile auf 17,5 %. Über 2,1 Millionen Menschen in NRW erhielten 2016 Leistungen zur sozialen Mindestsicherung wie Arbeitslosengeld II. Mit 12 % liegt die Quote deutlich über dem Bundesschnitt. Das heißt: Unter Verantwortung der rot-grünen Regierung, die mit dem Versprechen angetreten ist, Armut abzubauen, gelten immer mehr Menschen als arm. Um faire Chancen zu ermöglichen, bedarf es nicht mehr Umverteilung, sondern mehr Investitionen in beste Bildung, Infrastruktur, Wachstum und Beschäftigung.

Als Kern ihrer Politik hat die Regierung Kraft das Ziel „Kein Kind zurücklassen“ postuliert. Gerade bei Kindern und Jugendlichen fällt die Bilanz schlecht aus. Die Zahl der Empfänger von Mindestsicherungsleistungen ist von 18 auf 19,7 % gestiegen. In Gelsenkirchen liegt sie sogar bei 39 %. Dort ist weit über ein Drittel aller Kinder abhängig von Transferleistungen. Das zeigt: Das Herzstück von Rot-Grün ist nur soziale Fassade. In NRW werden mehr und nicht weniger Kinder zurückgelassen.
Hauptursache für Armut ist Bildungsarmut. In NRW türmen sich die Probleme. Die Bildungsarmut ist hoch, die Unterrichtsversorgung häufig schlecht. Die beliebteste Schulform, das Gymnasium, wird systematisch benachteiligt. Aus der guten Idee der gleichzeitigen Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung ist eine Ideologie geworden, die überstürzt und ohne Qualitätsstandards umgesetzt wurde. Das überlastet alle und wird keinem gerecht. Das Wohl des Kindes muss im Mittelpunkt stehen.

Wir wollen beste Bildung und individuelle Förderung für jedes Kind. Das ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage. Die Bildungsqualität entscheidet nicht nur über den eigenen Lebensweg, sondern ist die Wohlstandsfrage für alle. Geben wir uns heute mit mittelmäßiger Bildungspolitik zufrieden, leben wir morgen nur noch mittelmäßig. Bildung wie die SPD vorrangig über Kostenfreiheit zu definieren, ist unzureichend. Die Qualität in Kitas, Schulen, Ausbildung und an Hochschulen muss verbessert werden.

Mehr individuelle Fördermöglichkeiten eröffnen Aufstiegschancen und stärken Chancengerechtigkeit.

In NRW werden Qualitätsstandards jedoch kontinuierlich eingeschränkt oder blockiert. Es ist erschütternd, dass immer noch tausende junge Menschen in NRW die Schulen ohne Abschluss, ohne fundierten Umgang mit der digitalen Welt und ohne Grundkenntnisse wirtschaftlicher Zusammenhänge verlassen.

Im Wettbewerb der Bildungssysteme und um Fachkräfte müssen wir uns nicht mit Hessen oder Berlin messen, sondern mit den USA und

weiter auf der nächsten Seite ->

-> Fortsetzung:

China. Ein Vorschlag von uns ist, 30 Top-Gymnasien mit modernster Pädagogik und Ausstattung in Stadtteilen mit großen sozialen Herausforderungen einzurichten. Dort bleibt zu viel Potential im Verborgenen. Vor allem müssen wir einen unserer größten Trümpfe wieder ausspielen: Durch eine Weiterentwicklung des dualen Ausbildungssystems. Mit einem Pakt für berufliche Bildung wollen wir die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung stärken.

Um Armutsrisiken abzubauen und mehr Lebenschancen zu schaffen, brauchen wir mehr Arbeitsplätze. Denn Arbeit ist mehr als Broterwerb. Die Möglichkeit zum Einstieg in den Arbeitsmarkt ist eine Gerechtigkeitsfrage. Sie eröffnet den Weg zu Selbstverwirklichung, Teilhabe und sozialen Aufstieg.

Für einen zukunftsfähigen Arbeitsmarkt ist mehr wirtschaftliche Dynamik mit Impulsen für Investitionen und Wachstum nötig.

Also bessere Bedingungen für Unternehmensgründer, Entbürokratisierung und mehr Vertrauen in die Arbeitgeber - gerade den Mittelstand. Ideologische Reglementierungen oberhalb internationaler Standards, wie sie in den letzten Jahren gerade in NRW eingeführt wurden, würgen Investitions- und Innovationskraft ab.

Auch im Bund werden viele falsche Signale gesendet. Bundeskanzlerin Merkel versucht, das Bild eines ökonomisch unverwundbaren Landes zu zeichnen, in dem Wohlstand selbstverständlich ist. Und Martin Schulz legt das Kontrastbild vor: ein ungerechtes Deutschland, das mit der Ausdehnung des Wohlfahrtstaats und weiterer Reglementierung für Unternehmen bekämpft werden soll. Beides sind Zerrbilder.

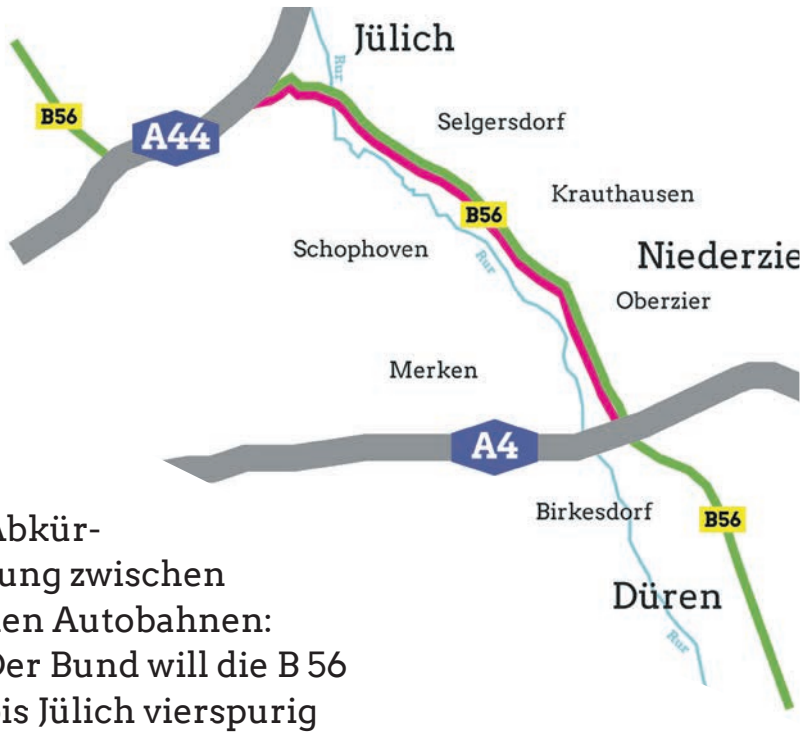
Für 50-Jährige ist es viel leichter als früher einen Arbeitsplatz zu finden. Die Gefahr für sie ist, lange in Qualifikationsmaßnahmen von Herrn Schulz gesteckt zu werden und so bis zu 48 Monate weg zu sein vom Arbeitsmarkt. Wenn es ein Gerechtigkeitsproblem gibt, dann die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit – gerade in NRW mit über 312.000 Menschen. Um sie aufzulösen, muss der Arbeitsmarkt flexibler gemacht und für Hartz-IV-Empfänger Leistungsgerechtigkeit organisiert werden. Aktuell bekommt derjenige, der sich über einen kleinen Job mit geringem Einkommen in die Arbeitswelt zurückkämpft, kaum etwas von seinem Verdienst, weil es auf den Regelsatz angerechnet wird. Das motiviert niemanden, aufzustehen, um eine Aufgabe zu erfüllen. Der Sozialstaat hält die Menschen wie ein Magnet in der Sozialtransferfalle fest. Die Rückabwicklung der Reformen, die die SPD fordert, ist so falsch wie das „Weiter-so“ der Kanzlerin.

Während die anderen Parteien nur noch über Superreiche oder Flüchtlinge reden, richten wir den Blick auf die Mitte der Gesellschaft, auf die Interessen des Facharbeiters, der Krankenschwester, der Ingenieurin oder des Installateurs. Für uns ist es eine Gerechtigkeitsfrage, dass ihre Anliegen Gehör finden und nicht nur bei höheren Steuern und Abgaben an sie gedacht wird. Wir wollen eine neue Balance und die maßlose Umverteilung von Privat zu Staat beenden.

Starke Schultern müssen einen stärkeren Beitrag für die Finanzierung unseres Gemeinwohls leisten. Aber fast alle Parteien folgen heute dem Gedanken, dass Steuern und Abgaben nicht nur der fairen Finanzierung des Notwendigen dienen, sondern der Umverteilung zur Angleichung der Ergebnisse.

Die versprochene Abschaffung des Soli, eine Linderung der kalten Progression und ein Abflachen des Mittelstandsbauchs sind ganz konkrete Entlastungs-Vorhaben. Wir wollen eine Belastungsgrenze für Steuern und Sozialabgaben ins Grundgesetz schreiben. Den Bürgerinnen und Bürgern soll wieder genügend vom Einkommen bleiben, damit sie sich Wünsche erfüllen und eine eigene Altersvorsorge leisten können – etwa die eigenen vier Wände. Aber gerade für junge Familien mit mittleren und kleinen Einkommen wird das schwieriger, weil die Grunderwerbsteuer in vielen Ländern - gerade in NRW - massiv erhöht wurde. Wir schlagen einen Freibetrag beim Kauf der ersten selbst genutzten Immobilie bis zu einem Preis von 500.000 Euro vor. Menschen mit Talent, Fleiß, Verantwortung und Risikobereitschaft sollen sich selber etwas aufbauen können.

B 56 bis Jülich VIERSPURIG ausbauen?



Abkürzung zwischen den Autobahnen: Der Bund will die B 56 bis Jülich vierspurig ausbauen und 52 Millionen Euro ausgeben. Aber gibt es dafür überhaupt einen Bedarf?

Jülich/Düren • Die Grünen in Jülich sehen dies eher kritisch. Zu einer zum neuen Bundesverkehrswegeplan abgegebenen Stellungnahme ist aber bis heute nur eine Eingangsbestätigung erfolgt.

Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung und Fragen der Umweltproblematik hatten die Grünen hier auch fachliche Fehler angesprochen und die Notwendigkeit des Vorhabens in Frage gestellt. Sie sprechen sich stattdessen für den Ausbau des dritten Gleises der Bahn in Düren aus, also für eine wesentlich sinnvollere Nutzung der offenbar ja vorhandenen Gelder. Die dadurch erzielte Reduzierung des Güterverkehrs auf der Straße würde auch zu einer Entlastung der B56 führen. Auch der Dürener Bundestagsabgeordnete der Grünen, Oliver Krischer, sieht das Projekt kritisch:

„Hier soll eine Straße gebaut werden, wo schon vor Ort niemand versteht, welchen Sinn dieses Projekt macht.“

Krischer hatte schon bei den Beratungen zum Bundesverkehrswegeplan beantragt, das Projekt zu streichen, ist damit aber leider gescheitert. Zur Trassenführung gibt es noch viele Fragen - in Selhausen beispielsweise begrenzt die vorhandene Wohnbebauung den Ausbau - aber die Kosten kann man mit 52,2 Millionen Euro sehr genau angeben. Offensichtlich hat eine Berechnung der Verkehrsströme für das Jahr 2030 gezeigt, dass das Verkehrsvolumen auf der A 4 und der A 44 deutlich steigen wird – insbesondere durch erwarteten Güterverkehr aus Belgien, siehe oben auch das Argument zum dritten Gleis in Düren. Eine Verbindung zwischen den beiden Autobahnen ist bereits durch die A61 gewährleistet und sollte nicht auf eine Bundesstraße umgeleitet werden! Eine baureife Planung ist derzeit nicht kurzfristig zu erwarten, sondern frühestens im Jahr 2028. Sie dürfte zusätzlich dadurch erschwert werden, dass die Trasse bei Jülich durch Landschafts- und Naturschutzgebiete führen muss. Schilda lässt grüßen.

JL

Zukunft Kirchberg

Mit der mehrheitlichen Zustimmung zum Bebauungsplan in der Stadtratssitzung im März wurde das Genehmigungsverfahren für ein Hochregallager der Firma Eichhorn in Kirchberg beendet. Das Lager darf nun gebaut werden.

Kirchberg • In dem mehr als zweijährigen Verfahren hatten sich die Grünen von Anfang an gegen das Lager in der jetzt genehmigten Form ausgesprochen und besonders bei seiner Höhe eine Kompromisslösung gefordert. Zum Ende des Planverfahrens hatten sich dann auch Teile der SPD dieser Forderung angeschlossen. Ausschlaggebend für die Genehmigung des 35 Meter hohen Lagers mit einer Brücke als Verbindung zum derzeitigen Betriebsgelände war nun jedoch der Kurwechsel der UWG-JÜL. Noch während des Bürgermeisterwahlkampfes hatte auch Heinz Frey gegenüber der „Bürgerinitiative Zukunft Kirchberg“ die Planungen abgelehnt. Am Ende stimmte die UWG-JÜL jedoch fast geschlossen dafür. Vertrauen schafft das bei den Menschen in Kirchberg sicherlich nicht.

Die Firma Eichhorn begründet die Planungen unter anderem mit einem wachsenden Verpackungsmarkt und dem Lagerbedarf für „Just in Time“-Kunden.
Die Grünen vermuten hinter den Planungen jedoch eine gänzlich andere Firmenstrategie. Im Gegensatz zur Firmendarstellung sieht nämlich der eigene Branchenverband die Zukunft der Wellpappenverpackung eher stagnierend. Die Aktivitäten der Firma Eichhorn, sei es die komplette Übernahme des Logistikunternehmens Boos oder der Bau des Hochregallagers, machen aus Sicht der Grünen daher nur Sinn, wenn es darum geht, das Unternehmen in einen Logistikdienstleister umzuwandeln und mittelfristig möglicherweise ganz auf die Verpackungsproduktion zu verzichten.

Unter diesem Aspekt wären die Demonstrationen von Mitarbeitern und Betriebsrat für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze wohl eher vor der eigenen Betriebszentrale angebracht gewesen und nicht im Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss. Ob die Grünen mit ihrer Einschätzung richtig liegen, wird die Zukunft zeigen. Auf jeden Fall wird man in Kirchberg in Zukunft mit dieser Monsterhalle an seinem Ortseingang leben müssen.

LB

Wird Jülich „Fairtrade-Stadt“? Grüne haben Antrag gestellt

Jülich • Seit 30 Jahren gibt es die Organisation „Fairtrade“. In den von ihr betreuten landwirtschaftlichen Anbauregionen werden die Bauern darin unterstützt, ihre Produkte umwelt- und ressourcenschonend anzubauen, zu ernten und zu verarbeiten. Ihre Produkte verkaufen sie zu einem fairen und fest ausgehandelten Preis. Kinderarbeit ist verboten.„Fairtrade“ vergibt dafür das internationale Fairtrade-Siegel. Es garantiert, dass diese Produkte nach diesen Standards hergestellt und gehandelt werden und die Einnahmen wirklich bei den Erzeugern vor Ort ankommen. Die Betriebe werden regelmäßig besucht und überprüft. Der im Vergleich zum Welthandelspreis höhere Ertrag kommt dabei auch sozialen Projekten wie beispielsweise Schulen, Kindergärten und Ausbildungsstellen am Wohnort der Bauern zugute.

Saarbrücken war die erste „Fairtrade-Stadt“

Seit 2009 verleiht der Verein TransFair e.V. das Siegel „Fairtrade-Stadt“. Saarbrücken war die erste „ Fairtrade-Stadt“ in Deutschland. Mittlerweile tragen über 400 Kommunen diesen Titel. Bislang ist die Bewegung in 28 Ländern vertreten. Rund um den Globus tragen knapp 2000 Städte diesen Titel. San Francisco, Costa Rica, London, Rom, Brüssel und Kopenhagen sind darunter. Großbritannien ist Vorreiter der Kampagne, die im Jahr 2000 von Bruce Crowther gestartet wurde. Mittlerweile gibt es dort mehr als 600 „Fairtrade-Städte“.

Fünf Kriterien müssen erfüllt sein

Wer dieses Siegel trägt verpflichtet sich, mindestens zwei fair gehandelte Produkte in den städtischen Institutionen anzubieten, so zum Beispiel Kaffee, Tee oder Saft in den Sitzungen, aber auch andere fair gehandelte Produkte beispielsweise bei städtischen Veranstaltungen. Darüber hinaus nutzt die Stadt ihren Einfluss, um auch andere lokale Akteure wie Schulen, Kindergärten, Vereine, Einzelhändler, Gastronomie usw. dazu zu bewegen, Fairtrade-Produkte anzubieten, um damit einen Beitrag zu einem fairen Welthandel zu leisten. Von der Einwohnerzahl hängt es ab, wie viele Supermärkte, Restaurants, Cafés oder Blumenläden sich mindestens beteiligen müssen. Dies lässt sich unter www.fairtrade-towns.de berechnen. Bei weniger als 200.000 Einwohnern müssen jeweils eine Schule, ein Verein und eine Kirche mitmachen. Einmal im Jahr müssen die Vertreter aus der Zivilgesellschaft eine Aktion zum fairen Handel durchführen.

Neben einem Ratsbeschluss muss eine Steuerungsgruppe eingerichtet werden. Die Steuerungsgruppe besteht aus mindestens drei Personen. Sie kommen aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft. Wünschenswert wäre, wenn Vertreter aus Schulen, Vereinen oder Kirchen sich der Gruppe anschließen würden. Der Weltladen ist dabei ein wichtiger Impulsgeber, der oft in diesen Gruppen vertreten ist.

Die örtlichen Medien sollten berichten, was in Jülich rund um Fairtrade geschieht. Mindestens vier Beiträge zu diesem Thema werden pro Jahr angestrebt.

Mit dem Titel „Fairtrade-Stadt“ setzt die Stadt Jülich ein konkretes Zeichen für ihr Interesse an einer gerechteren Welt. Sie trägt dazu bei, dass die Produzenten in Afrika, Lateinamerika und Asien angemessen für ihre Produkte entlohnt werden. Fairer Handel verbessert die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Familien und verhindert unter anderem ausbeuterische Kinderarbeit.
Nachdem die Jülicher Grünen diesen Antrag gestellt haben, hoffen sie, dass er nach einer Aufwandsprüfung durch die Verwaltung auch von den anderen Parteien mitgetragen wird.

MB

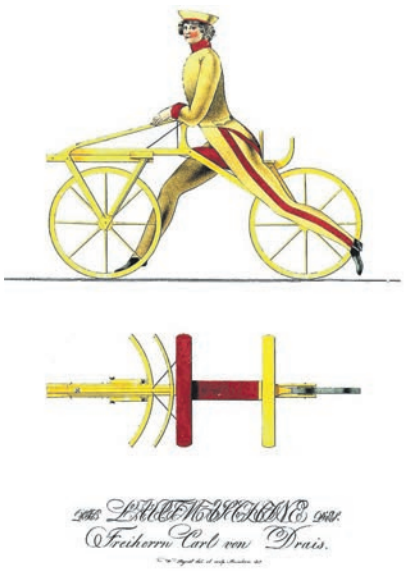
2017 im Zeichen des Fahrrades

Die Draisine oder Laufmaschine gilt als Urform des heutigen Fahrrads. Sie wurde vom badischen Erfinder Karl Drais 1817 entwickelt und zum Patent angemeldet. Zum diesjährigen 200. Geburtstag steht Jülich ganz im Zeichen des Fahrrades.

Jülich • Nicht nur, dass die Teilnehmer der Tour de France nach dem Prolog in Düsseldorf mit ihrer Auftaktetappe am 2. Juli durch Jülich fahren, sondern die Jülicherinnen und Jülicher können in diesem Jahr auch selbst aktiv werden.

Auf Initiative der Grünen nimmt Jülich erstmals am „Stadtradeln" teil, das vom Klimaschutzbündnis ausgerichtet wird. Das heißt: In der Aktionszeit vom 19. Juni bis zum 9. Juli gibt es für alle die Gelegenheit, das Auto stehen zu lassen und stattdessen Kilometer mit dem Fahrrad zu „sammeln".
Ziel ist es, in diesem Zeitraum privat wie beruflich möglichst viele Kilometer mit dem Fahrrad zurückzulegen, und so einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und gleichzeitig ein Zeichen für eine stärkere Förderung des Radverkehrs in Jülich zu setzen – und natürlich den Spaß beim Fahrradfahren haben! Zu gewinnen gibt es am Ende auch noch etwas – zusätzlich zum Gewinn für das Klima und die Gesundheit! Teilnehmen können alle, die in Jülich wohnen, arbeiten, einem Verein angehören oder eine (Hoch-)Schule besuchen.

Und so funktioniert es:
1. Teams bilden: Alle Teilnehmer registrieren sich unter www.stadtradeln.de/juelich und treten dort entweder einem bereits vorhandenen Team in ihrer Kommune bei oder gründen ein eigenes Team. In jeder Kommune gibt es auch ein sogenanntes „offenes Team", dem jeder beitreten kann, der kein eigenes Team hat. Teams können auch noch während der Aktion bis zum letzten Aktionstag gegründet werden. „Teamlos" radeln geht nicht, denn Klimaschutz und Radförderung sind Teamarbeit – aber schon zwei Personen bilden ein Team!
2. Kilometer zählen: Jeder Kilometer, der während der dreiwöchigen Aktionszeit mit dem Fahrrad zurückgelegt wird, kann in den Online-Radelkalender eingetragen werden. Lokale (Rad-)Wettkämpfe und Trainings auf stationären Fahrrädern sind dabei ausgeschlossen. Wo die Radkilometer zurückgelegt werden, ist nicht wichtig, denn Klimaschutz endet an keiner Stadt- oder gar Landesgrenze. Die Zahl der geradelten Kilometer kann entweder mit einem Kilometerzähler oder Fahrradcomputer direkt gemessen oder z.B. mit einem Routenplaner ermittelt werden. Sie wird dann unter www.stadtradeln.de oder direkt über die STADTRADELN-App in den Online-Radelkalender eingetragen. RadlerInnen ohne Internetzugang melden der lokalen STADTRADELN-Koordination wöchentlich die Radkilometer per Kilometer-Erfassungsbogen.



Drais' Maß-Laufmaschine von 1817 als dreiseitige, gedruckte Beschreibung von Wilhelm Siegrist (1797-1843)

Rechtzeitig zum Jubiläumsjahr des Fahrrades hat auch der Jülicher Klimaschutzmanager Sebastian Ross mit einem Förderantrag Erfolg gehabt. Jülich erhält über 230.000 Euro für den Ausbau seiner Fahrradinfrastruktur.

JL

Büchertipps von Gudrun Kaschluhn

Im Hanser Verlag ist vor einiger Zeit ein wunderbares Buch erschienen, was man auf keinen Fall verpassen darf:

Markus Gasser,
Das Buch der Bücher für die Insel
ISBN: 978-3-446-24495-5

Der Germanist aus Innsbruck nimmt uns mit auf eine literarische Reise. Auf unterhaltsame Art stellt der Autor uns Romane, Autoren und Erzählungen aus vielen Epochen und Ländern vor.
Meine Lieblingsautoren wie William Faulkner und Alice Munro habe ich genau wie mir nicht so bekannte Autoren entdecken können.
Schon nach dem Durchblättern des Buches weiß man, welches Werk der Weltliteratur man auf keinen Fall verpassen darf und welche Lektüre sich auf jeden Fall lohnt.
Autoren wie Roald Dahl mit der Erzählung „Damit ich Dich besser fressen kann" und Leo Tolstois „Soll ich wirklich alles beichten" sind aus ganz verschiedenen Epochen, aber beide sind Kabinettstücke der Weltliteratur und unterhalten wunderbar.
In den fünfzig Kapiteln habe ich so viele Leseanregungen gefunden, dass ich das zweite von Markus Gasser erschienene Buch

Eine Weltgeschichte in 33 Romanen
ISBN: 978-3-446-24919-6

schon aus Lesezeit-Gründen nicht mehr erwähnen sollte, wäre es nicht auch lesenswert – und zum Glück sind bald Ferien.

GK

ANZEIGE

Naturkost Jumpertz

Alte Dorfstraße 160
52428 Broich
Telefon 0 24 61 86 87
Fax 0 24 61 34 48 67
christian@naturkost-jumpertz.de
www.naturkost-jumpertz.de

Die Vielfalt der Natur genießen, mit schmackhafter Bio-Kost aus der Region:
Frische Kräuter, Tomaten, Gurken, Bohnen, Kohlrabi, Zucchini,
Kartoffel, Paprika, Peperoni, Auberginen, u. v. m.
...aus eigenem Anbau.

Öffnungszeiten
Dienstag 15:00 – 19:00 Uhr
Freitag 14:00 – 19:00 Uhr
Samstag 9:00 – 16:00 Uhr

Naturland

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft als Bewahrerin unserer Landschaft, Umwelt und Natur. Das ist das Bild, das der Deutsche Bauernverband und die Landwirtschaftsministerien uns immer noch von der konventionellen Landwirtschaft vermitteln wollen.

NRW • Immer mehr Menschen jedoch zweifeln daran angesichts eines dramatischen Rückgangs der Artenvielfalt auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen, hoher Nitratbelastungen des Grundwassers, wahrscheinlicher Krebserregung durch das Pflanzenschutzmittel Glyphosat, eines dramatischen Bienensterbens und vieler Probleme mehr.

Nach dem Artenschutz-Report des Bundesamtes für Naturschutz darf die konventionelle Landwirtschaft derzeit wohl uneingeschränkt als der größte Zerstörer unserer Natur und Umwelt bezeichnet werden. Den Landwirten alleine dafür die Schuld zu geben, wäre allerdings zu kurz gegriffen, denn sie leiden inzwischen selbst am meisten unter den Fehlentscheidungen ihres Dachverbandes. Ein Umdenken bei diesem ist jedoch nicht in Sicht. Als Lobbyist der Chemie-, Saatgut und Landmaschinenindustrie treibt er seit Jahrzehnten die industrielle Landwirtschaft voran. Die negativen Folgen sind inzwischen auch für die Bauern selbst unübersehbar.

Nordrhein-Westfalen und hier insbesondere der Niederrhein und die Börderegionen um Jülich und Zülpich treten in der Umweltbilanz besonders negativ hervor. Die Nitratbelastung des Grundwassers ist gerade hier extrem hoch, wie eine aktuelle Studie, an der auch das Forschungszentrum Jülich beteiligt war, gezeigt hat. Ursache ist die übermäßige Düngung durch Gülle aus der Massentierhaltung. Diese Überdüngung der Böden hat weitere negative Konsequenzen. Durch das Überangebot an Nahrung werden wenige, schnell wachsende Pflanzen bevorzugt. Diese verdrängen dann Wiesenkräuter und Gräser und damit das Nahrungsangebot für viele Tiere. Um dieser „Unkräuter", die zunehmend auch Resistenzen gegen Unkrautvernichtungsmittel bilden, Herr zu werden, müssen immer mehr und immer stärkere Chemikalien wie Glyphosat eingesetzt werden. Mit allen Agrargiften werden aber eben nicht nur die „schädlichen" sondern auch die nützlichen Pflanzen und Tiere bekämpft.

Der Tod vieler Insekten führt zur Nahrungsknappheit vieler Vögel und das derzeitige massenhafte Sterben der Bienen fällt auf die Obstbauern selbst zurück.

Dies ist eine Abwärtsspirale, bei der am Ende der ökologische Nutzen des Ackerlandes nicht größer ist als der eines gepflasterten Parkplatzes. Dabei sind die oben genannten Auswirkungen nur die Folgen der „legalen" konventionellen Landwirtschaft. Dazu kommen dann noch die kriminellen Machenschaften Einzelner, die allerdings durch die finanzielle Förderung erst lukrativ werden.

Eine finanzielle Förderung der Landwirtschaft, die nur auf Masse setzt muss endlich beendet werden. Bei der landwirtschaftlichen Förderung sollte das Prinzip „Klasse statt Masse" gelten und die Förderung sollte sich auf die ökologische Landwirtschaft konzentrieren. Ein solches Prinzip könnte auch zu einem Qualitätsmerkmal auf dem Weltmarkt ausgebaut werden.

Der Nitrateintrag in die Böden muss deutlich vermindert werden, zum Beispiel durch die stärkere Kopplung der Zahl der Tiere in Mastbetrieben an die Flächengröße des Ackerlandes.

Es gibt jedoch auch einen kleinen Silberstreif am Horizont: Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) marschierte bisher im Gleichschritt mit dem Deutschen Bauernverband. In einem aktuellen Positionspapier hat sie jedoch erstmals all die Probleme der hochindustrialisierten Landwirtschaft benannt und zu einem Umdenken aufgefordert, sehr zum Unmut des Bauernverbandes.

Wir als Verbraucher dürfen uns aber auch nicht heute über die Tierquälerei der Massentierhaltung und die Methoden der industriellen Landwirtschaft empören, um dann morgen wieder unverändert unser Schweineschnitzel beim Discounter zu kaufen. Ein Verzicht auf die derzeitigen Methoden der Agrarindustrie bedeutet in jedem Fall auch eine Erhöhung der Preise, zum Wohle der Landwirte, der bäuerlichen Tierhaltung, der Qualität der Produkte und der dem allen zugrundeliegenden Umwelt.

LB

Racial Profiling

Als Racial Profiling bezeichnet man das Vorgehen von Polizei- und Sicherheitsbeamten gegen Personen auf Grund von äußerlichen Merkmalen anstatt konkreter Verdachtsmomente.

Köln • Während Racial Profiling in Großbritannien und den USA gesetzlich verboten ist, gibt es in Deutschland keine eindeutigen juristischen Regelungen. Der Begriff kam in Deutschland zuletzt zu Beginn des Jahres nach der Silvesternacht in Köln in die Medien. Um Vorfälle wie im Vorjahr zu verhindern, wurden von der Polizei alle nordafrikanisch aussehenden Männer einzeln kontrolliert. In den nächsten Tagen war von bis zu 2000 nordafrikanisch aussehenden jungen Männern die Rede, die zu 98 % der Zielgruppe entsprächen und Diskussionen wurden gestartet, warum so viele Nordafrikaner nach Köln gekommen waren. Der Einsatz der Polizei wurde gelobt, da es nur zu wenigen Straftaten kam und der Einsatz somit sein Ziel erreicht hatte. Jedoch mussten die Kölner Polizei und die Bundespolizei zwei Wochen nach Silvester die Zahlen nach unten korrigieren. Zwar waren fast 2000 Personen kontrolliert und zeitweise festgehalten worden, allerdings waren nur 7 % davon Nordafrikaner. Jetzt kann darüber gestritten werden, ob es sich dabei um Inkompetenz von Seiten der Polizei oder um Rassismus handelt. Klar ist jedenfalls, dass der Polizeieinsatz vielen jungen Männern den Silvesterabend gründlich verdorben hat.

Auch in anderen Teilen Deutschlands werden vorwiegend Personen nordafrikanisch-arabischen Aussehens überdurchschnittlich häufig kontrolliert. Der deutschen Polizei deshalb strategischen Rassismus vorzuwerfen, ist nicht geboten. Zu unterscheiden ist, auf welcher Grundlage Personenkontrollen durchgeführt werden. Suchen Polizeibeamte nach einer Straftat explizit nach Personen mit bestimmten Körpermerkmalen (z.B. Hautfarbe oder Haare), sind die Kontrollen absolut gerechtfertigt. Allerdings sehen nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov aus dem Januar 2017 fast 70 % der Deutschen Racial Profiling generell als notwendig oder eher notwendig für eine effektive Polizeiarbeit an. Dieser Wert gibt zu denken und offenbart zumindest latenten Rassismus und Vorurteile in einer großen Bevölkerungsgruppe in Deutschland gegenüber aus ihrer Sicht fremd aussehenden Menschen.

SbS

ANZEIGE

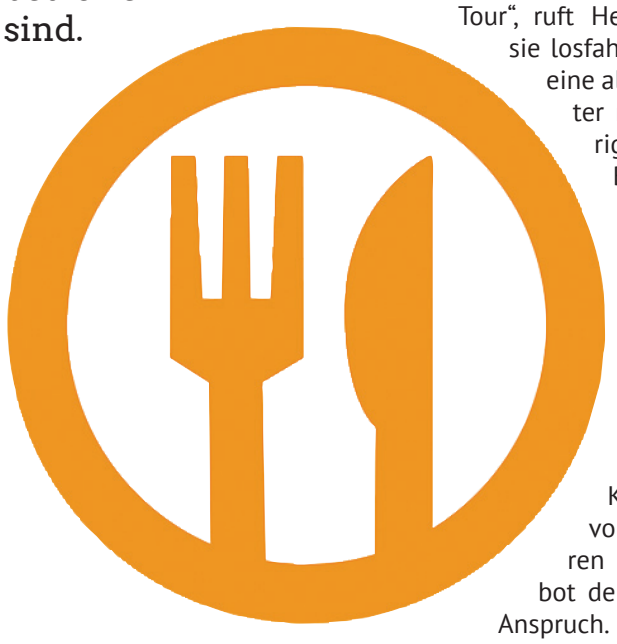
Land der
Chancen von Anfang an.
Zukunft durch
Innovation.
Menschlich. Offen. Vielfältig.
Nachhaltig. Natürlich.
Ökologisch.
Soziale **Gerechtigkeit**
und Zusammenhalt.
Stadt. Land. **Heimat**.

Ein **NRW** mit Zukunft!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Die „Jülicher Tafel“ ist mittlerweile ein mittelständischer Betrieb

Manchen Jülichern ist sie „ein Dorn im Auge“, sie passt nicht ins Bild ihrer Stadt: die „Jülicher Tafel“. Die dort einkaufen, sind für sie Faulenzer und Schmarotzer. Doch ein sozialer Abstieg geht in unserer Gesellschaft manchmal schneller, als man denkt. Die meisten sehen das erst, wenn sie selbst davon betroffen sind.



Jülich • Freitag
9 Uhr: Heinrich P., Anfang 60, steuert das Kühlauto in Richtung Lorsbecker/Von-Reuschenberg-Straße, neben ihm sitzt Wilfried T. Er fährt das Auto rückwärts in den Hof einer ehemaligen Metzgerei. Sie kommen von der ersten großen Tour über die Ortschaften Titz und Hasselsweiler nach Linnich und über Aldenhoven wieder zurück nach Jülich. Im Transporter stapeln sich Kisten mit Obst, Gemüse, Brot, Jogurt und andere Milchprodukte. Die Männer haben verschiedene Discounter, Supermärkte und Bäckereien angefahren.

Für sie bedeutete die Fahrt harte Arbeit: Neben Muskelkraft ist logistisches Talent gefragt, wenn sie die schweren Kisten entgegennehmen und sie im Kühlauto stapeln, bis alles passt und sicher verstaut ist.

Paul C., Anfang 20, packt die erste Kiste und trägt sie in die Lagerhalle. „Hier in der Kiste sind nur Milchprodukte “, erklärt er. „Ich bringe sie in den Kühlraum“, ruft Maria L. „Die Kühlkette darf nicht unterbrochen werden.“

In der Lagerhalle sortieren viele Hände Obst und Gemüse. Die fleißigen Helfer sind eine bunt gemischte Gruppe: Ehrenamtler, Ein-Euro-Jobber und manchmal auch junge Leute, die hier ihre Sozialstunden ableisten müssen.
Maria L., eine Ein-Euro-Jobberin, findet das Arbeitsklima hier angenehm. Ihr Selbstwertgefühl besserte sich, seitdem sie bei der „Jülicher Tafel“ ist.
Der Motor des Kühlautos brummt. „Komm, wir fahren die nächste Tour“, ruft Heinrich P. Während sie losfahren, kommt gerade eine alleinerziehene Mutter mit ihrem zweijährigen Kind aus dem Büro. Die Mitarbeitenden der „Tafel“ verwenden viel Zeit für einfühlsame Gespräche. Im Büro liegen immer Taschentücher bereit. Viele alleinerziehende Mütter mit Kindern im Alter von bis zu sieben Jahren nehmen das Angebot der „Jülicher Tafel“ in Anspruch.
Es gibt die „Jülicher Tafel“ nun seit zehn Jahren. Im Januar 2007 öffnete sie ihre Pforten erstmalig für Bedürftige. In der Zwischenzeit hat sich viel getan. Die „Jülicher Tafel“ ist mittlerweile vergleichbar mit einem mittelständischen Betrieb.
Die Idee in Jülich eine „Tafel“ nach dem Vorbild der über 800 „Tafeln“ in Deutschland zu gründen, hatten Doris Vogel, Leiterin des Jülicher Sozialamtes und der damalige Bürgermeister Heinrich Stommel. Sie fragten die hiesigen Discounter, ob sie bereit wären, Lebensmittel zu spenden. Aus dieser Idee ist inzwischen die „Jülicher Tafel“ geworden mit ehrenamtlich Arbeitenden und Helfern, im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes. Und eben jungen Leuten, die ihre Sozialstunden ableisten müssen. So Paul S., der einen Sinn in seiner Tätigkeit bei der „Tafel“ sieht. Er findet es gut, dass ärmere Leute unterstützt werden. Mit zwölf Jahren fing seine „Drogenkarriere“ an. Er nahm Drogen und dealte. Vor etwa drei Monaten wurde er bei einem Tankstellenüberfall festgenommen. Das Verfahren wurde inzwischen eingestellt, weil er Sozialstunden leistet. Nach Ableistung der Sozialstunden wird er eine Therapie in Trier beginnen. Die „Jülicher Tafel“ leistet auch Sozialarbeit.

„Komm, wir machen Pause“, ruft Natalia K. Inzwischen ist es elf Uhr. Alle: Ehrenamtlichen, Ein-Euro-Jobber und Paul S. sitzen in der kleinen Ecke am Ende der Lagerhalle. Es duftet nach frisch aufgebrühten Kaffee. Auf dem Tisch stehen Kuchen und Gebäck.

Natalia K. erzählt von Russland, St. Petersburg und dass sie dort eine technische Ausbildung gemacht hat. Seit drei Jahren ist sie in Deutschland. Die deutsche Sprache versteht sie besser, seit sie bei der „Jülicher Tafel“ arbeitet. Sie macht den Job ehrenamtlich.
„Hallo, ich bringe euch Salat“, hallt es in der Lagerhalle. Paul S. bringt die Kisten mit Salat und stellt sie auf die Tische. „Der sieht aber noch sehr gut aus“, staunt Natalia K.
„ Der Salat darf auf dem Markt nicht verkauft werden, weil er zu wenig wiegt. Das sind Vorschriften.“
Auf den Regalen in der Lagerhalle stehen Kisten mit Gemüse und Obst. Vorne im Verkaufsraum der „Jülicher Tafel“ liegen in der Kühltheke Joghurt, Wurst, Milch und Käse, die kurz vor Ablauf des Verfalldatums sind. Auf den Regalen stapeln sich die Brote.

„Geschafft“, ruft Rosemarie M., als es zwölf Uhr ist. Die Kirchenglocken erklingen von weitem. Sie ist erleichtert, denn es war viel Arbeit, die Kühltheke einzuräumen. Sie überprüfte die Milchprodukte und Wurst darauf, ob sie noch in Ordnung sind. Das Mindesthaltbarkeitsdatum darf nicht überschritten sein. Zufrieden fährt sie erst mal nach Hause, doch heute Nachmittag wird sie wieder hinter der Kühltheke stehen. Diesmal wird sie allerdings die Lebensmittel mit anderen Helfern an die Bedürftigen aushändigen.

Viele Leute schämen, sich den Laden zu betreten, denn sie haben das Gefühl, von der Gesellschaft abgestempelt zu werden. So Anneliese P., die durch eine schwere Krankheit zur Frührentnerin wurde. Sie bekommt eine so kleine Rente, dass sie froh ist, hier für eine kleine Spende einkaufen zu können. Demütigung ist noch schlimmer als die Armut selbst. Die fängt schon bei den Kindern im Kindergarten und in der Schule an.

15:30 Uhr: Die ersten Kunden stehen im Hof der ehemaligen Metzgerei. Sie plaudern über Alltägliches und tauschen Erfahrungen aus. Inzwischen kennt man sich und kommt gerne etwas früher. Kurz vor Öffnung des Ladens ziehen die „Jülicher Tafel“ - Kunden nummerierte Eintrittskarten. Jedes Mal bekommen sie eine andere Nummer, die angibt, wann sie an der Reihe sind. Es ist für die ehrenamtlichen Helfer ein beklemmendes Gefühl, wenn 50 bis 70 Bedürftige vor dem Laden stehen und die nummerierten Eintrittskarten in der Hand halten. Wer die Nummer 30 gezogen hat, gerät schnell in Angst, nicht mehr genug abzubekommen. Das Einkaufen im Tafelladen bedeutet, das zu bekommen, was an diesem Tag verfügbar ist. Alkohol und Tabak gibt es jedoch nicht.

18:30 Uhr: Silvia O. schrubbt den Laden. „ Ich brauche nicht arbeiten zu gehen und habe etwas Ehrenamtliches gesucht. Die Tafel ist etwas, wo ich hinterstehe. Die Leute sind arm und dankbar, es kommt etwas zurück. Die Arbeit hier macht zufrieden“, erklärt sie.

An diesem Nachmittag haben etwa 100 Bedürftige den Laden aufgesucht.

Die „Jülicher Tafel“ hat an drei Tagen in der Woche geöffnet. Mittlerweile zählt sie etwa 800 Bedarfsgemeinschaften zu ihren Kunden, das sind Haushalte mit jeweils drei bis vier Personen.
Rund 3200 Menschen leben in Jülich unter der Armutsgrenze, das sind zehn Prozent der Bevölkerung. Für diese Menschen ist die „Jülicher Tafel“ unverzichtbar. Für eine reiche Gesellschaft wie die unsere ist die Notwendigkeit einer solchen Institution jedoch ein Armutszeugnis.

MB

Alle Jahre wieder: Haushaltsberatungen

Angesichts der prekären Haushaltslage waren sich die Jülicher Ratsfraktionen einig, dass es bei den aktuellen Haushaltsberatungen um Einsparungen bei den großen Posten gehen muss und man sich langwierige Diskussionen um Kleinbeträge, wie so oft in der Vergangenheit, ersparen sollte.

Jülich • Die SPD verzichtet denn auch angesichts der Haushaltslage auf ein Prestigeprojekt: die Bebauung des alten Musikschulgrundstücks mit Sozialwohnungen. Erleichtert wurde diese Entscheidung durch die Aktivitäten eines privaten Investors, der im Bereich Buchenweg 90 neue Wohnungen baut und damit die Wohnungssituation in diesem Bereich etwas entspannt.

Die Ratsmehrheit war sich auch einig, dass das Thema Bürgerhallen weiter mit Nachdruck verfolgt werden muss. Möglicherweise auch mit finanziellen Druckmitteln. Vor einem Jahr hatte der Rat beschlossen, den Betrieb der Bürgerhallen an private Vereine zu übertragen oder, falls dies nicht möglich ist, die entsprechenden Bürgerhallen zu vermarkten.

Die Grünen stellten erneut den Brückenkopfpark zur Diskussion. Im letzten Jahr wurde der städtische Zuschuss für fünf Jahre auf 600.000 Euro festgeschrieben mit der Maßgabe, ein neues Betriebskonzept zu erarbeiten. Bis auf die CDU hatten alle Ratsfraktionen ihre Eckpunkte für ein solches Konzept vorgestellt und auch Vertreter für einen runden Tisch benannt. Dieser ist bis jetzt jedoch nicht zustandegekommen. Um den Druck zu erhöhen, haben die Grünen daher beantragt, mindestens 100.000 Euro mit einem Sperrvermerk zu versehen. Das gleiche gilt für Investitionen der Feuerwehr, solange kein neuer Brandschutzbedarfsplan vorliegt, weil sonst die Notwendigkeit der Investitionen nicht klar ist.

Nachdem die UWG-JÜL im letzten Jahr die Sinnhaftigkeit von Abschreibungen in der Buchführung infrage gestellt hat, ist es in diesem Jahr die so genannte Bürgerveredelung. Also die Tatsache, dass Großstädte mehr Landeszuweisungen pro Einwohner erhalten als ländliche Gemeinden. In beiden Punkten weist die JÜL nach Düsseldorf zum Finanzministerium als Verantwortlichen und damit Schuldigen für die Jülicher Haushaltsmisere. Das hat den Vorteil, dass man keine eigenen Sparvorschläge machen muss. Praktisch umsetzbare Sparvorschläge hatte die JÜL selber dann auch nicht zu bieten. LB

Ausnahmezustand ist Normalzustand

Gastbeitrag von Dorothée Schenk, Vorsitzende des „Kleine Hände e.V. Jülich".

Jülich • Es ist ein Gewimmel wie auf einem Basar im linken Flügel des Jülicher Kulturbahnhofs bei den „Kleinen Händen". Zwischen wartenden Müttern, die Kleidung für ihre Kinder aussuchen möchten, Vätern, die nach Schuhen oder Schultaschen fragen, sieht sich eine Schwangere suchend um. „Womit kann ich Ihnen helfen?" Die Frage kommt wie eine Erlösung.

Diese Fälle kennen die „Kleinen Hände" in Jülich seit 29 Jahren. Sie sind im besten Sinne Routine: Junge Frauen, die kurz vor der Entbindung stehen und weder Wiege noch Kinderwagen oder auch nur Wäsche oder Strampler für das Baby haben – von Geld ganz zu schweigen. Für die Grundausstattung an Kleidung wird sofort gesorgt. Zurückgezogen im kleinen Büro nimmt sich der Vorstand der „Kleinen Hände" Zeit, notiert den Namen und den errechneten Geburtstermin, was Kind und Mutter sonst noch fehlt sowie eine Kontaktmöglichkeit. Immer ist eine des Musketier-Vorstands – Dorothée Schenk, Gisela Urban und Nicola Wenzl – ansprechbar, hört den Hilfesuchenden zu, während drei Frauen des 15-köpfigen Ehrenamtlerinnen-Teams der „Kleinen Hände" an der Theke im Ausgaberaum sich auf Deutsch, Englisch, Französisch und mit Händen und Füßen verständigend Familien mit Kleidung versorgen. Im separaten Annahmeraum ist die 80-jährige Christel Dutz die feste Institution und nimmt karton- und säckeweise Sachspenden entgegen. Und alles passiert unentwegt gleichzeitig. Dreimal zwei Stunden im Monat ist hier zu den Öffnungszeiten der Ausnahmezustand Normalzustand.

Die „Kleinen Hände" können sich auf ein gutes Netzwerk stützen, etwa die Tafel, die persönlichen Kontakte zur Kreishebamme und zum Sozialamt.

Aber erst, wenn die Betroffene zustimmt – die Anonymität der Hilfesuchenden ist das oberste Gebot – geht der Griff zum Telefonhörer: „Frau Vogel, ja… wir haben hier (nennen wir sie) Maria sitzen. Hat sie Anspruch auf eine Erstausstattung?" So wird das Räderwerk in Bewegung gebracht.

Was tun, wenn eine alleinerziehende Mutter weinend im Büro sitzt, weil sie wegen der unerwartet hohen Stromrechnung, die ihr nicht gestundet wird, und anstehenden Reparaturkosten für einen defekten Herd nicht in der Lage ist, den Kühlschrank für ihre drei Kinder zu füllen? Wenn für die Fahrradprüfung das Fahrrad fehlt, kein Geld da ist für das Schulabschlussfest oder so etwas Normales wie eine Feier zum 16. Geburtstag der Tochter? Die „Kleinen Hände" helfen unbürokratisch, wenn kein Amt, wenn keine öffentliche Stelle mehr oder noch nicht helfen kann. Eine Mutter schrieb im Dankesbrief: „Sie sind Engel."

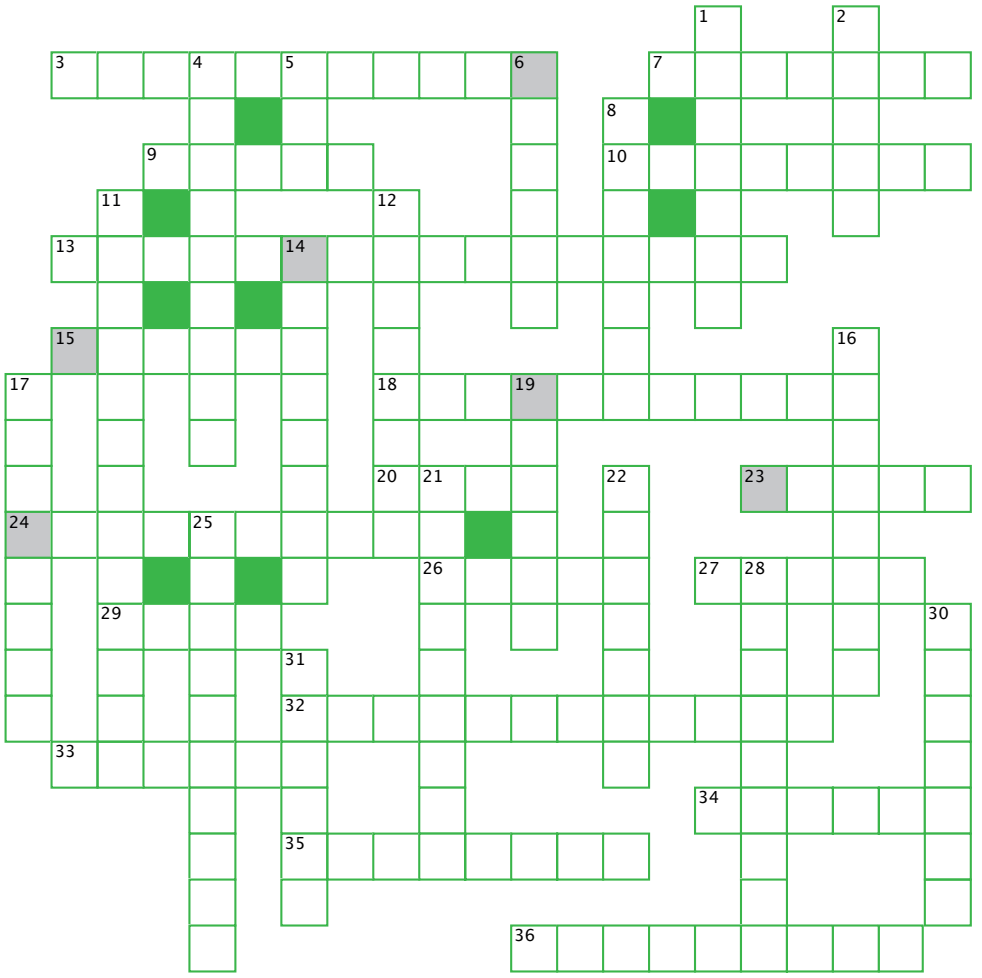
Frühlingsrätsel

Waagerecht:

3. Vatertag | 7. aufgestellt vor dem Haus der Angebeteten | 9. lecker, ob in der Waffel oder an dem | 10. hilfreicher Ort für Kranke | 13. vom Eise befreit waren Bäche und Flüsse bei dem | 15. eifrig gebaut von den Vögeln im Frühling | 18. hängt nicht im Kirchturm sondern steht im Garten | 20. Dichters Frühling | 23. er macht, was er will | 24. ab Mai kann man in diesen wieder Abkühlung finden | 26. hilfreich beim Jagen (mythologisch) | 27. den sollte man sich nicht verderben lassen | 29. Obst wird am Ende oft zu …
32. Anlass fürs Osterfest | 33. nicht nur die Nachtigall, sondern auch sie singt im Frühling wieder | 34. hier ist nicht nur der Frühling auferstanden | 35. das Gegenteil vom Maximum | 36. sie sind angeblich die glücklichsten

Senkrecht:

1. nicht gehend, sondern so kommt man in den Mai | 2. leider nur noch wenige könnten die Eier bringen | 4. zweiter Sonntag im Mai | 5. von der Seite weht der Wind nicht | 6. nach 18 waagerecht kommen die | 8. viele Jungvögel haben bald ihren ersten | 11. Aktionen Friedensbewegter | 12. hebt die Stimmung nicht nur bei Maifesten | 14. jetzt nicht nur an Leitern zu sehen | 16. jetzt kann man auf ihr wieder draußen sitzen | 17. oft verbunden mit dem Osterfest | 19. Blume, Berg oder Schnaps, dieser Name steht für alles | 21. Frühlingsobst | 22. Frühlingsgemüse | 25. hoffentlich werden sie das, die Obstblüten | 28. zu diesem Fest kam der heilige Geist über die Jünger | 30. viele Abiturienten hoffen jetzt wieder auf ein gutes | 31. im Mai schlagen sie aus



Wir verlosen dreimal 2 Kinokarten für das KuBa. Einsendungen des Lösungswortes unter Angabe von Name und Adresse bitte per Mail an gewinn@juelich2030.de . Einsendeschluss ist der 28. Mai 2017.

Lösungswort:

24	23	14	6	19	15

Kultur in Jülich

Kultur bedeutet Vielfalt - unter diesem Titel könnte man das umfangreiche kulturelle Angebot der Stadt Jülich zusammenfassen.

Jülich • Kindertheater an vier Nachmittagen, Theater-Reihe mit fünf Vorstellungen in Jülich sowie einem externen Termin, Kleinkunst-Reihe mit Kabarett und Comedy - dies bietet allein das Programm des städtischen Kulturbüros - und damit für jeden etwas! Daneben gibt es weitere Angebote im Kulturbahnhof von Kino bis Konzert und auch die Theaterstücke von „Bühne 80“ und anderen sind nur einige der über die Grenzen Jülichs hinaus bekannten und gut besuchten Programmpunkte. Nachzulesen ist dies alles im „Herzog“, der im Rathaus, KuBa und an vielen anderen Orten der Stadt ausliegt und eine Fülle von weiteren Informationen bereithält - kostenlos und immer aktuell. Die Qualität des Angebots auf dem Gebiet der klassischen Musik weist weit über eine Stadt der Größe Jülichs hinaus. Genannt seien hier neben den Konzerten des Jülicher Sinfonie-Orchesters und den überragenden Aufführungen der Chöre und Orchester von Haus Overbach die Schlosskapellen-Konzerte und die zahlreichen Musiknachmittage der jungen Musiker der Jülicher Musikschule. Dazu kommen noch die Konzerte der verschiedenen Kirchengemeinden. Die Termine dieser Konzerte findet man jeweils in der örtlichen Presse.

Eintrittskarten bieten sich auch als Geschenk an ebenso wie die Teilnahme am Abonnement der Theaterreihe der Stadt Jülich - vielfältig und auf hohem Niveau bietet sie für jeden etwas.

JL

Einige Termine:

Fr. 12.05.2017
Nessi Tausendschön: Die wunderbare Welt der Amnesie

Sa. 01.07.2017
N.N. Theater: Luther „Ich fürchte nichts“ von George Isherwood

Fr. 22.09.2017
Henning Schmidtke: Hetzkasper - zu blöd für Burnout

Sa. 21.10.2017
17 JAHRE NOISELESS, Konzert

So. 29.10.2017
Christian Ehring: Keine weiteren Fragen

Mi. 06.12.2017 Tina Teubner: Stille Nacht bis es kracht

Wetter

Wetterregel:

Ein kühler Mai wird hoch geacht‘, hat stets ein gutes Jahr gebracht.

Impressum:
Herausgeber:
Bündnis 90/Die Grünen
Ortsverband Jülich
Ralf Lehmann
Große Rurstraße 45
52428 Jülich
www.gruene-juelich.de
Redaktion:
Jürgen Laufs, Dr. Lutz Baumgarten, Marita Boslar, Anke Talarek, Sebastian Steininger
V. i. S. d. P.: Jürgen Laufs, Christinastr. 19, 52428 Jülich
J.Laufs@juelich2030.de
Kontakt Redaktion:
Dr. Lutz Baumgarten
l.baumgarten@freenet.de
Werbung
Jürgen Laufs
Mail: anzeige@dieneuejuelicher.de
Druckauflage: 10.000 Exemplare
Druck: MegaDruck
Produktions- und Vertriebs GmbH
Eichendorffstraße 34
26655 Westerstede